

Newsletter 2/2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser!

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am vergangenen Sonntag bestätigt, was die aktuelle „Mitte“-Studie bereits aus ihren Befragungen ableitet: Die Angst vor „Überfremdung“ nimmt zu – laut „Mitte“-Studie hält ein Drittel der Deutschen das Land für gefährlich überfremdet.

Neben dem organisierten Rechtsextremismus am äußersten Rand der Gesellschaft sind antimuslimische, antisemitische sowie antiziganistische Einstellungen zunehmend auch in der Mitte der Bevölkerung verankert.

In diesem BNW-Newsletter möchten wir die derzeitige Entwicklung beleuchten und Anregungen zum Weiterlesen geben. Darüber hinaus geben wir Einblicke in Aktuelles auf Bundesebene und Ausblicke auf Termine und Veranstaltungen wie die Veranstaltungsreihe, Aktionstage sowie den Fachtag des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus.

Wir wünschen viele Anregungen beim Lesen!

Ihr BNW-Team

Inhalt

1. Rechtsruck in der Mitte –
Neue Studien und Statistiken
2. Informieren und konfrontieren:
Aktionen und Fachtag des BNW
3. Niedersachsen zieht nach:
Landesprogramm beschlossen
4. Jetzt mitmachen und bewerben:
Junge Islamkonferenz im November
5. Monitoring-Bericht des MBT:
Bürgerinitiativen unter der Lupe
6. Im Gedenken: Anschläge in Rostock
und der Hamburger Halskestraße
7. Klick in eine rechte Realität
8. Beschlossen: Strategiepapier des Bundes
9. Integration in der Praxis:
Forum Flüchtlingshilfe am 23.09.
10. Gegen „Hate Speech“:
Neue Kampagne des Europarates

1. Rechtsruck in der Mitte – Neue Studien und Statistiken

In Hamburg stagniert zwar der organisierte Rechtsextremismus, auf der anderen Seite nehmen abwertende und rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Bevölkerung drastisch zu. Diese Entwicklung belegen nicht nur die Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch jüngst erschienene Studien und Statistiken wie der Hamburger Verfassungsschutzbericht 2015, die Kriminalstatistik des Bundesinnenministeriums 2015 und nicht zuletzt die Studie

„Die enthemmte Mitte – Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland“ der Universität Leipzig offenbaren den Trend. Hamburg bleibt von dem bundesweiten Phänomen nicht verschont.

Laut Verfassungsschutzbericht war 2015 ein erheblicher Anstieg der rechtsextremistischen Straftaten zu verzeichnen.

Eine jetzt veröffentlichte Studie der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Universitätsklinikum Eppendorf unter Einbeziehung von mehr als 1.700 Teilnehmer/innen belegt, dass die Befragten eine sehr viel negativere Einstellung gegenüber dem Islam hatten als gegenüber dem Judentum und Christentum.

Antimuslimischer Rassismus

Viele Teilnehmer wiesen Wissenslücken in Bezug auf den Islam auf (60% falsche Antworten). 61 Prozent meinten, der Islam passe nicht in die westliche Welt; 57 % meinten, der Islam sei bedrohlich.

Die Ergebnisse sind alarmierend. „Weite Teile der Bevölkerung sind bereit, abzuwerten und zu verfolgen, was sie als abweichend und fremd wahrnehmen“, schreiben Oliver Decker und Elmar Brähler, zwei der Studien-Herausgeber in ihrem Werk. Aus der Mitte der Gesellschaft – lange der „Schutzraum der Demokratie“ – erwachse mittlerweile ein großes antidemokratisches Potenzial. Was die extreme Rechte in der Vergangenheit nicht geschafft habe, gelinge nun AfD, Pegida und Co.: diese Wählerschaft

für sich zu mobilisieren. Außerdem spüren nun bestimmte Gruppen den Hass besonders deutlich: Muslime, Asylsuchende sowie Sinti und Roma sind der Studie „Die enthemmte Mitte“ zufolge viel stärker von Vorurteilen betroffen als Migranten insgesamt zuvor.

Rassistische Bewegung gewinnt an Stärke

Mit dem Rechtsruck in der Mitte der Bevölkerung hat sich das Hamburger Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus auch auf seiner vergangenen Sitzung beschäftigt. Hierzu gab Henning Flad, Fachreferent der Diakonie Deutschland, Einblicke zum Thema „Neue deutsche Härte gegen Geflüchtete – Rechtspopulismus in Deutschland“.

„Wir erleben momentan die schlimmste rassistische Gewaltwelle seit mehr 20 Jahren“, fasste Flad in seinem Vortrag zusammen. Gleichzeitig konstituiere sich eine rechte Bewegung in Deutschland, die rassistische mit antidemokratischer Agitation verbinde. Diese Bewegung würde dadurch an Stärke gewinnen, dass sie nicht neonazistisch dominiert sei, sondern stattdessen punktuell an Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung anknüpfe.

2. Informieren und Konfrontieren: BNW-Aktionstage und Fachtag

Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Hamburg (BNW) ist 2016 stärker denn je gefordert. In der zweiten Jahreshälfte veranstaltet das Netzwerk mit seinen Partnern Ausstellungen, Veranstaltungen und eine

Fachtagung. Zudem wird das Netzwerk die Bürger/innen auf Stadtteilstellen für das Thema Rassismus sensibilisieren.

Für die BNW-Netzwerksitzung am 8. September 2016 konnte Prof. Dr. Elmar Brähler, Projektleiter und Mitautor der Leipziger Studie „Die enthemmte Mitte – Autoritäre und rechts-extreme Einstellung in Deutschland“, gewonnen werden. Er wird im Rahmen eines Input-Referates die Studienergebnisse vorstellen und erläutern.

BNW-Veranstaltungsreihe hat begonnen

Bereits seit dem 5. September läuft die neue Veranstaltungsreihe des BNW: Federführend werden Vorträge und Diskussionsrunden von den Mitgliedern Mobiles Beratungsteam (MBT), empower, Kurswechsel und der Rosa Luxemburg Stiftung durchgeführt. Alle Veranstaltungen sind öffentlich und kostenlos für alle Interessenten. Themen und Termine finden Sie unter www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus.

Ausstellung „Der Weg“

Um Fragen und Unsicherheiten in Bezug auf Geflüchtete abzubauen, wird das BNW darüber hinaus ab dem 26. September mit Aktionstagen in der Rathauspassage in der Hamburger Innenstadt vertreten sein. Hier zeigt das BNW die Ausstellung „Der Weg – eine interaktive Ausstellung zum Thema Flucht“ der Jugendkirche des Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreises Hamburg-West/Südholstein. Die Ausstellung kann bis zum 30. September täglich zwischen 10 und 19 Uhr kostenlos besucht

werden. Während dieser Zeit wird das BNW zudem mit einem Informationsstand vor Ort vertreten sein. Ein Straßentheater wird Bürger/innen darüber hinaus an drei Tagen der Woche spielerisch mit dem Thema „Alltags-rassismus“ konfrontieren und hierfür sensibilisieren.

Zudem wird am 26. September, 18 Uhr, in der Rathauspassage ein Themenabend zu Afghanistan mit Moska Faqiri, Zentraler Koordinierungsstab Flüchtlinge der Stadt, stattfinden.

Es folgt am 29. September, 19 Uhr, eine Informationsveranstaltung zu den Hintergründen der Zuwanderung in Hamburg mit Fouad Hamdan, ebenfalls vom Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge.

An den beiden Informationsabenden kann kostenlos und ohne Anmeldung teilgenommen werden.

Wer die Ausstellung besuchen möchte, wendet sich an das Beratungsnetzwerk unter Telefon 040-42863-6325 oder per Mail unter bnw-hamburg@lawaetz.de.

Vormerken: BNW-Fachtag am 1. November

Am 1. November, 14 Uhr, sind alle Mitglieder des BNW in den Kollegensaal des Rathaus Altona eingeladen, um an der diesjährigen BNW-Fachtagung teilzunehmen und sich mit dem Thema Antimuslimischer Rassismus/ Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Moderiert wird die Veranstaltung von

Özlem Nas, SCHURA Hamburg. Bitte vormerken – nähere Informationen folgen.

Weitere Termine des BNW

5. September bis 12. Dezember:

div. Termine der BNW-Veranstaltungsreihe

8. September:

Sitzung des BNW

26. September - 30. September:

Ausstellung „Der Weg“ sowie div. Vorträge

1. November:

Fachtagung: „Antimuslimischer Rassismus“

Das BNW unterwegs:

11. September — Neugraben erleben

17. September — Stadtteilfest Steilshoop

18. September — Stadtteilfest Groß Borstel

23. September – Forum Flüchtlingshilfe

25. September — Weltkindertag / Eidelstedt

Die Uhrzeiten und Veranstaltungsorte sind direkt beim BNW zu erfragen unter der Telefonnummer 040-42863-3625.

3. Niedersachsen zieht nach: Landesprogramm beschlossen

Niedersachsens rot-grüne Landesregierung will den Druck auf die rechtsextreme Szene im Land verstärken: Seit Anfang Juli bündelt es seine Aktivitäten gegen Rechtsextremismus in einem eigenen Landesprogramm. Ziel ist es, Kräfte zu

konzentrieren und Doppelstrukturen zu vermeiden. Das Programm mit dem Titel „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte“ ist unterlegt mit einem Jahresbudget in Höhe von 600.000 Euro. Neben der Beratung und Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt soll das Programm in der Prävention tätig werden. So sollen Jugendliche zum Beispiel argumentativ gestärkt werden, um sich gegen rechtsextreme Parolen besser durchsetzen zu können.

Hamburger Programm bereits etabliert

Das Ende 2013 vom Senat beschlossene Hamburger „Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus – Hamburg mit Courage“ ist unterdessen bereits fest etabliert: Die im Programm aufgeführten Maßnahmen sind mittlerweile im Regelsystem verankert beziehungsweise in Umsetzung befindlich und werden entsprechend den aktuellen Bedürfnissen stetig angepasst und weiterentwickelt. Auch die Förderrichtlinie des Landesprogrammes wird erfolgreich in Anspruch genommen: Mehrere Dutzend sozialraumorientierte Projekte werden seit Inkrafttreten jährlich gefördert.

4. Jetzt mitmachen und bewerben: Junge Islamkonferenz im November

Auch in diesem Jahr können sich ab sofort Jugendliche für die Teilnahme an der Jungen Islam Konferenz (JIK) in Hamburg bewerben.

Die Konferenz findet an zwei aufeinander folgenden Wochenenden im November statt und bietet religiösen und nicht-religiösen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund eine Plattform für Wissensgewinn, Austausch und Teilnahme an gesellschaftlichen Debatten über die Rolle des Islam in Deutschland.

Auf der JIK geht es primär nicht um Religiosität: Ziel ist es, pauschale Islam- und Muslumbilder in der Gesellschaft kritisch zu hinterfragen und Vielfalt durch die Perspektive junger Menschen mitzugestalten. Bei der JIK handelt es sich um eines der wichtigsten Projekte gegen antimuslimischen Rassismus in Hamburg.

Das diesjährige Schwerpunktthema der JIK Hamburg „Interkulturell geöffnet?“ beschäftigt sich mit der Frage, ob wirklich alle Hamburger/innen dieselben Zugangs- und Teilhabechancen haben. In Eigenverantwortung haben die Teilnehmenden auch die Möglichkeit, selbst erarbeitete Projektideen umsetzen. So gab es z.B. das im Sommer 2016 umgesetzte Projekt „Poetisch-Politisch“, welches durch kreatives Schreiben und der öffentlichen Performance von Poetries eine Form der politischen Teilhabe für Jugendliche gestaltet hat.

Konferenztermine – Jetzt anmelden!

Die JIK ist in drei Arbeitsschritte gegliedert: Vorbereitungsseminar am 12./13.11.2016, Planspiel am 19.11.2016, Dialogforum am

20.11.2016. Veranstaltungsorte sind u.a. die Staatsbibliothek und das Altonaer Rathaus.

Mehr Informationen zum Projekt und zur Anmeldung: www.junge-islamkonferenz.de

5. Monitoring-Bericht des MBT: Bürgerinitiativen unter der Lupe

Die Monitoring Berichte des MBT Hamburg beobachten die Organisations- und Aktionsformen der (extremen) Rechten genauso wie ausgrenzenden Artikulations- und Ausdrucksformen der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Ziel ist es, Interessierten aktuelle Informationen und Wissen über (extrem) rechte, rechts-populistische und ausgrenzende Strukturen in Hamburg, aber ebenso über neue Aktivitäten und Initiativen gegen rechts zu liefern. Das Monitoring versteht sich damit als Beitrag zur fachlichen und gesellschaftlichen Debatte und möchte verschiedenen Akteur/innen eine Plattform geben, die ihre eigenen unterschiedlichen Perspektiven einbringen.

Rechte Mobilisierung und Gewalt bezieht sich immer schon auf alle von ihr als „anders“ Markierten, fokussiert sich aber in der aktuell stark angestiegenen Form besonders auf Geflüchtete und – in zweiter Linie – auch auf ihre Unterstützer/innen oder Politiker/innen: Geflüchtete und ihre Unterkünfte sind Ziel von Angriffen, Gewalt und Zerstörung, das Themenfeld Flucht, Migration und Asyl ist der Referenzrahmen für eine Vielzahl rassistischer

und ausgrenzender Diskurse. Daher legt die sechste Ausgabe des Monitoring einen Schwerpunkt auf einzelne Aspekte der gesellschaftlichen Diskussion um Migration, Asyl und Rechte der Neuzuwanderer/innen.

Im Beitrag „Kein Platz. Für wen? Wo(für) stehen die Initiativen ‚gegen Großunterkünfte‘ und ‚für Integration?‘ analysiert Nils Schumacher den Protest von Hamburger Bürgerinitiativen gegen die Einrichtung von Unterkünften. Dabei stellt er die Frage, ob bei aller moderaten Rhetorik nicht doch Ressentiments Vorschub geleistet wird, und untersucht die den Protesten zugrunde liegenden Vorstellungen von Integration. Ein Kommentar des Netzwerks „Recht auf Stadt“ (RaS) setzt den Fokus auf „Wohnungskrise“ statt „Flüchtlingskrise“ und formuliert eine pointierte Meinung im zivilgesellschaftlichen Diskurs. Das Konzept der Etabliertenvorrechte als ein Element gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zieht Philipp Dorestal heran, um Diskussionen und Prozesse besser einordnen zu können, die sich – auch in Hamburg – im Kontext der Errichtung von Geflüchteten-Unterkünften in Wohngebieten zeigen. In allen drei Beiträgen werden Auswirkungen und Verbindungslinien zum Erstarken rechter Diskurse und Bewegungen beschrieben.

Um der immer wieder mal geäußerten Vorstellung zu begegnen, die organisierte Rechte – Kameradschaften, neue Rechte, extrem rechte Parteien – sei ein Phänomen, das zwar

schlimm, aber in Hamburg nicht oder nicht nennenswert von Bedeutung sei, gibt es mit dieser Ausgabe des Monitoring eine Rubrik „Blitzlicht Rechts“, die auf einige aktuelle Ereignisse und Aktivitäten aus diesem Spektrum in sehr komprimierter und exemplarischer Form hinweist.

Unter „Vermischtes“ gibt es wieder Hinweise auf Literatur - dieses Mal mit besonderem Fokus auf Publikationen zum Bereich Etabliertenvorrechte und Sozialdarwinismus - einige Veranstaltungen und Projekte.

Der Monitoring-Bericht kann auf der Homepage www.hamburg.arbeitundleben.de heruntergeladen werden.

6. Im Gedenken: Anschläge in Rostock und der Hamburger Halskestraße

24 Jahre ist es her, dass die Asylbewerber-Zentralstelle in Rostock-Lichtenhagen in der letzten Augustwoche 1992 angezündet wurde und es damit zu den schlimmsten fremdenfeindlichen Ausschreitungen kam, die es seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland gegeben hat.

Im August 2016 hat sich zudem zum 36. Mal der rassistische Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in der Hamburger Halskestraße geäußert, dem die beiden Vietnamesen Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân zum Opfer fielen. Verübt wurde der Anschlag in der Nacht

zum 22. August 1980 von zwei Mitgliedern der terroristischen Neonazigruppe „Deutsche Aktionsgruppen“. Beiden Anschlägen wird jährlich mit einer Kundgebung vor Ort gedacht.

Insgesamt sind in Deutschland seit 1990 fast 200 Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland bekannt, denen in unterschiedlicher Weise gedacht wird. Initiativen der Zivilgesellschaft und ihre Zusammenarbeit mit Angehörigen und Freund/innen spielen eine bedeutende Rolle dabei, an Opfer zu erinnern und rechte Gewalt sowie rassistische Strukturen zu benennen. Unterschiedliche Strategien und Erfahrungen dieser Gedenkkultur stehen im Fokus einer Podiumsdiskussion des Beratungsprojektes empower am Mittwoch, 16. November 2016.

Die Veranstaltung mit dem Titel „Kontinuitäten des (Nicht-)Erinnerns – Konzepte und Diskussionen“ u.a. mit Vertreter/innen des Freundeskreises Mölln und der Initiative Halskestraße beginnt um 19.30 Uhr im W 3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32, in Hamburg.

7. Klick in eine rechte Realität

Auf den ersten Blick sieht es aus wie das Zimmer eines gewöhnlichen Jugendlichen. Erst auf den zweiten Blick wird Besucher/innen klar, wo sie gelandet sind: mitten im Zimmer eines Neonazis.

Das interaktive und online frei zugängliche Projekt „Kein Raum für Rechts!“ von der

ARUG/ZDB, Andrea Röpke und Kubikfoto, finanziert durch das Niedersächsische Sozialministerium, macht es möglich, virtuell in die Welt rechtsextremer Menschen einzutreten und rechtsextreme Symbolik wahrzunehmen, zu erkennen und zu deuten. „Die wichtigsten Fragen bei dem Projekt waren: Wie sehen die Räume von Nazis aus? Wie leben Nazis privat?“, so Andrea Röpke. Als Vorlage dienten unter anderem die Jugendzimmer der NSU-Mitglieder sowie Berichte von Hausdurchsuchungen.

Ein Klick ins Netz lohnt sich:
www.kein-raum-für-rechts.de

8. Beschlossen: Strategiepapier des Bundes

Das Bundeskabinett hat Mitte Juli die von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière vorgelegte „Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“ beschlossen. Es ist die erste ressortübergreifende Strategie in diesem Bereich.

Zehn-Punkte-Erklärung erste Maßnahme

Die Strategie setzt auf ein gemeinsames Handeln von Bund, Ländern, Kommunen sowie der Zivilgesellschaft und zielt darauf ab, an die für die Extremismusprävention und Demokratieförderung entscheidenden Orte zu gehen: in Institutionen, Vereine und Verbände, an Schulen und auch an viele andere Orte, an denen sich Menschen für die Stärkung der Demokratie und die Verteidigung der Menschen- und Freiheitsrechte einsetzen.

Im Nachgang der Strategie wurde wenige Tage später eine Zehn-Punkte-Erklärung zwischen dem Bundesfamilienministerium und den Ländern beschlossen, die die Schwerpunkte der künftigen Zusammenarbeit benennt. Damit wurde ein erster Auftrag der Strategie – die engere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern - in die Wege geleitet.

Die Strategie ist einsehbar im Internet unter www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen (Stichwort „Extremismusprävention“).

9. Integration in der Praxis: Forum Flüchtlingshilfe am 23.09.

Das Forum Flüchtlingshilfe ist eine Begegnungs- und Kommunikationsplattform für alle, die geflüchteten Menschen in Hamburg eine Perspektive geben: Ehrenamtlich Engagierte, Initiativen, Projekte, Institutionen, Verwaltung und Politik. Das Forum dient der Vernetzung des Engagements in Hamburg und der gemeinsamen Weiterentwicklung begonnener Aktivitäten.

Am 23. September 2016, ab 14 Uhr, sind alle Akteure und Interessierten eingeladen, sich auf Kampnagel zu treffen und auszutauschen. Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz wird zu den Gästen sprechen. Auf einem sogenannten Markt der Möglichkeiten präsentieren Projekte und Initiativen ihr Engagement rund um die Unterstützung geflüchteter Menschen. Darüber hinaus gibt es Vorträge,

Podien, Erfahrungsaustausch, Kultur und vieles mehr.

Zum ersten Mal wird zudem die Ausstellung „Flucht-Spuren“ in einem großen öffentlichen Rahmen gezeigt. Die Kohlezeichnungen auf Packpapier sind eine ergreifende Dokumentation der Fluchtgeschichten von Frauen, Männern und Kindern, die von Oktober 2015 bis März 2016 in der ehemaligen Baumarkthalle am Hörgensweg untergebracht waren.

Das Programm der öffentlichen Veranstaltung ist im Internet einzusehen unter www.hamburg.de/forum-fluechtlingshilfe. Dort gibt es auch nähere Informationen zur Anmeldung.

10. Gegen „Hate Speech“: Neue Kampagne des Europarates

Nicht nur bekennend Rechtsextreme nutzen das Internet, um andere Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung zu diskriminieren. Menschen, die ihrem Hass und ihrer Wut ungezügelt freien Lauf lassen, haben mit ihren verächtlichen, verletzenden und menschenverachtenden Kommentaren die Debattenkultur im Internet nachhaltig geschädigt. Die Kommentarspalten, Facebook und Twitter sind voll von sogenanntem „Hate Speech“ (Hasskommentaren).

Im Rahmen der Veranstaltung „Hate Speech ist keine Meinungsfreiheit – Hasskommentare als neue Strategie der rechten Bewegung“ am 5. September, veranstaltet vom Projekt

Kurswechsel im Zuge der BNW-Veranstaltungsreihe, wurde ein Einblick in die neue Strategie der rechten Bewegung gegeben. Dabei wurde auch auf eine neue Internetkampagne des Europarates hingewiesen, welche jetzt ermuntern will, zu kontern.

„Bundestrollamt“ will sensibilisieren

Unter www.no-hate-speech.de werden junge Menschen und Organisationen dabei unterstützt, in Diskussionen mit Zahlen, Fakten und sachlichen Argumenten auf hetzende Beiträge reagieren zu können. Zudem werden Medienschaffende mit der Kampagne angesprochen. Sie sollen für ausgrenzende Rhetorik und wertende Berichterstattung sensibilisiert werden.

Umgesetzt wurde die Europarat-Kampagne, in der z.B. eine fiktive Beamtin des „Bundestrollamtes“ in einem Video für „Internettigkeit“ wirbt, in Deutschland von den „Neuen deutschen Medienmachern“.

Herausgeber:

Hamburger Landeskoordinierungsstelle des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Adolph-Schönfelder-Straße 5, 22083 Hamburg und Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Neumühlen 16 - 20, 22763 Hamburg.

Kontakt: bnw-hamburg@lawaetz.de

www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus

Hamburg bekennt Farbe: PR-Material kostenlos bestellen

Bekennen Sie privat oder mit Ihrer Institution Farbe für Demokratie, Toleranz und Vielfalt:

- Aufkleber (Format 4 x 7 cm)
- Din A 2-Plakate mit Freifläche zum Eintragen eigener Veranstaltungen
- Papierfahnen
- Postkarten (umseitig bedruckt mit den Beratungsangeboten in der Stadt)

Jetzt kostenlos bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration bestellen unter publikationen@basfi.hamburg.de.